



Niederschrift

über die Sitzung des Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Schönberg (SCHÖN/WA/01/2010) vom 19.01.2010

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Horst Wegner

Mitglieder

Herr Sven Asbahr

Frau Hildegard Buchenau

Herr Wilfried Friese

Herr Nicki-Sebastian Helms

Frau Sabine Homeier

Frau Antje Klein

Herr Franz Schnekloth

Vertretung für Herrn Uwe Manstein

von der Verwaltung

Christel Brandt

Herr Stefan Gerlach

Herr Folkert Jeske

Herr Horst Wiese

zu TOP 3

Gäste

Herr Wilfried Zurstraßen

Bürgermeister

Protokollführer/in

Herr Gustav Hieck

Abwesend:

Mitglieder

Herr Uwe Manstein

Herr Henner Meckel

Beginn: 20:00 Uhr
Ende 21:25 Uhr
Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden einschließlich der Presse und wünscht zum neuen Jahr alles Gute. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Gegen die Tagesordnung ergeben sich keine Einwände. Diese lautet damit wie folgt:

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Einwohnerfragestunde
2. Niederschrift der WA-Sitzung vom 24.11.2009 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
3. Sachstandsbericht "Sanierung DLRG-Haus"
4. Neufassung der Kurabgabesatzung SCHÖN/BV/114/2010
5. Wirtschaftsplan 2010 des Tourist-Service Ostseebad Schönberg SCHÖN/BV/113/2010
6. Sachstandsbericht "Touristische Kooperation"
7. Bekanntgaben und Anfragen

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Hier ergeben sich keine Verhandlungspunkte.

TO-Punkt 2: Niederschrift der WA-Sitzung vom 24.11.2009 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es ergeben sich keine Anmerkungen zur Niederschrift der letzten Sitzung, auch gab es im nicht-öffentlichen Teil der letzten Sitzung keine Beschlüsse.

TO-Punkt 3: Sachstandsbericht "Sanierung DLRG-Haus"

Einführend erinnert der Bürgermeister an die Ortsbegehung während der letzten Sitzung. Zwischenzeitlich hat Herr Wiese den genauen Bedarf festgestellt, ein Konzept erstellt und die entsprechenden Preise ermittelt.

Hierzu führt Herr Wiese aus, dass der Gesamtumfang etwa 40.000,- EUR umfasst. Dieser Betrag verteilt sich auf die folgenden Abschnitte

- a) Küche: Hier wird der Bauhof die Wand entfernen. Fa. Stoltenberg & Arnold wird das Neu-Verlegen der Bodenfliesen vorbereiten, danach der Bauhof die Fliesen verlegen und die Malerarbeiten durchführen. Die Küche wird von CITTI geliefert und eingebaut, einschließlich des Konvektomaten, den Herr Asbahr vom Haus „Felsenburg“ spenden will. Der Gesamtumfang wird hier bei 17.000,- EUR liegen.
- b) Sanitärräume: Dringend in einem ersten Bauabschnitt müssten die Armaturen ausgetauscht werden sowie die derzeitigen Vorhangabtrennungen durch neue Duschabtrennungen mit Tür ersetzt werden. Einschließlich Malerarbeiten wird sich dieser Teil auf 8.500,- EUR belaufen.

Im zweiten Schritt müssten dann die Fliesen, die Fußböden und die Wachtische erneuert werden. Die dafür entstehenden Kosten belaufen sich auf 7.500,- EUR.

- c) Im Gemeinschafts-/Aufenthaltsraum müssen Decke und Wände gestrichen werden. Die Holzvertäfelung muss überarbeitet werden, die Stores an den Fenstern werden entfernt, an zwei Fenstern werden Plissees anmontiert (Sichtschutz zur Straße hin). Diese erste Maßnahme wird mit 2.500,- EUR veranschlagt. Ein späterer Bauabschnitt in diesem Raum dient der akustischen Verbesserung mit Fensterschals und dem Einbau einer Akustik-Decke. Der Investitionsbedarf beträgt hierbei 4.500,- EUR.

Herr Zurstraßen macht zum Finanzbedarf deutlich, dass derzeit keine Mittel für diese Baumaßnahmen im Haushalt bereit stünden. Jedoch können Mittel in Höhe von 15.000,- EUR, die aufgrund der Haushaltssperre im vergangenen Jahr eingespart wurden, übertragen werden. Die noch fehlenden 2.000,- EUR für die Küche könnten aus dem Bereich Betriebsaufwendungen kommen. Und sicherlich sei es dann auch noch möglich, den Aufenthaltsraum erst einmal mit neuer Farbe zu versehen. Weitergehende Maßnahmen, insbesondere die Sanierung der Sanitärräume sind zurzeit nur mit einem Kredit umzusetzen, bei dessen Beschaffung er jedoch Probleme erwartet.

Frau Klein fragt den anwesenden DLRG-Vorsitzenden Thorsten Zarp, welche Maßnahmen aus Sicht der DLRG am dringendsten seien.

Herr Zarp bestätigt die von Herrn Wiese genannte Reihenfolge. Allerdings wünschte er sich noch im ersten Schritt, dass auch das Gäste-WC mit gestrichen würde.

Der Vorsitzende stellt den Vorschlag, im ersten Abschnitt die Küche zu renovieren einschließlich der Malerarbeiten im Gäste-WC, zur Abstimmung.

Stimmberechtigte:	8		
Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Mit 8 Stimmen für den Vorschlag erfolgt der Beschluss einstimmig.

Nach Abschluss dieses TOP's verlässt Herr Wiese den Sitzungsraum.

**TO-Punkt 4: Neufassung der Kurabgabensatzung
Vorlage: SCHÖN/BV/114/2010**

Der Bürgermeister berichtet, dass Herr Gerlach derzeit die Satzungen der Gemeinde überarbeitet, so auch die Kurabgabensatzung. In Abstimmung mit dem Kurbetrieb wurde daher der jetzt vorgelegte Satzungs-Neu-Entwurf erarbeitet.

Zusätzlich wurde der Begriff der Angehörigen näher untersucht, genauso die zu erwartenden Einnahmeausfälle bei einer Neufestlegung der abgabepflichtigen Angehörigen von Zweitwohnungsinhabern. In diesem Zusammenhang schlägt der Bürgermeister vor, diese Angehörigen im § 5, Abs. 5, zu begrenzen auf die Ehepartner der Inhaber, auf die volljährigen Kinder sowie deren Partner. Weitergehend schlägt er vor, auch die Einwohnerkurabgabe in ihrer Höhe zu verändern.

Frau Homeier hinterfragt die Höhe der befürchteten Einnahmeausfälle, was Herr Gerlach mit bis zu 2.800,- EUR beantwortet.

Herr Friese lässt sich nach der derzeit gültigen Satzung erläutern, wie z.B. ein Onkel eines Wohnungsinhabers zu veranlassen sei. Herr Gerlach antwortet, dass dies derzeit nicht 14,- EUR, sondern 40,- EUR seien.

Als Vorschlag für eine veränderte Einwohnerkurabgabe werden 10,- EUR statt der bisherigen 5,- EUR genannt. Dieser Betrag entspräche 5 Tagesstrandkarten.

Frau Buchenau und Herr Friese halten diesen Betrag für realistisch.

Der Vorsitzende stellt die vorgelegte Neufassung der Kurabgabensatzung mit den vorgeschlagenen Änderungen hinsichtlich der Begrenzung des Angehörigenbegriffes sowie der Erhöhung der Einwohnerkurabgabe auf 10,- EUR pro Jahr zur Abstimmung.

Beschluss: Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Beschluss der "Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe und einer Strandbenutzungsgebühr in der Gemeinde Schönberg/Holstein (KurAbgSa)" in der Fassung des dieser Niederschrift beigefügten Entwurfs.

Stimmberechtigte:	8		
Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Mit 8 Stimmen für diesen Vorschlag erfolgt der Beschluss einstimmig.

**TO-Punkt 5: Wirtschaftsplan 2010 des Tourist-Service Ostseebad Schönberg
Vorlage: SCHÖN/BV/113/2010**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und macht deutlich, dass der Wirtschaftsplan des Tourist-Service eng mit dem Haushalt der Gemeinde verknüpft ist. Gegenüber dem Jahr 2008 werden in 2010 voraussichtlich 300.000,- € weniger an Einnahmen, Steuern und Zuweisungen eingehen. Gleichzeitig sind Mehraufwendungen in Höhe von rd. 100.000,- € bei der Kreisumlage sowie ebenfalls rd. 100.000,- € bei den Amts- und Schulverbandsumlagen zu tragen. Andererseits ist es gelungen, den Fehlbetrag auf 260.000,- € zu reduzieren. Wichtig hierbei ist, dass diese Reduzierungen des Verlustes nicht mit Leistungseinschränkungen verbunden sein werden, weiterhin macht Herr Zurstraßen deutlich, dass die Sachkosten genau so etatisiert wurden, wie im Haushaltjahr vor der 750-Jahr-Feier. Der vorliegende Wirtschaftsplan des Tourist-Service weist einen Fehlbetrag von 273.400,- € aus.

Aufgrund dieser Tatsachen scheint es erforderlich, sowohl die Fremdenverkehrsabgabensatzung als auch die Kurabgabensatzung zu überdenken. Als Beispiel nennt der Bürgermeister, dass ein Vermieter pro Jahr für ein Bett, das er zur Vermietung bereithält, 4,90 € bezahlt. Insofern aber, als für das jetzt laufende Jahr bereits Angebote oder gar Mietverträge erstellt wurden, können Änderungen nicht mehr in 2010 vollzogen werden. Solche Änderungen müssten also spätestens im September beschlossen werden, damit sie für 2011 greifen können. Die Verwaltung wird also rechtzeitig vor den Sommerferien erste Vorlagen unterbreiten. Letztlich müssten auch die Mieten der Strandkörbe überarbeitet werden.

Dieses Vorgehen ist auch als ein Beleg für die Kommunalaufsicht zu sehen, dass man versuchen wird, eigene Möglichkeiten aus zu schöpfen.

In Bezug auf den geplanten Vermögenshaushalt erläutert der Bürgermeister weiterhin, dass es ursprünglich gelungen war, diesen schuldenfrei auf zu stellen. Jedoch sind aufgrund der Sturmschäden, die das Sturmtief „Daisy“ angerichtet hat, jetzt doch ca. 60.000,- € für die Sandaufspülung vor zu sehen. Derzeit gebe es beim Land Überlegungen, den betroffenen Gemeinden finanziell zu helfen. Dennoch bittet der Bürgermeister darum, zur Stranderhaltung eine Kreditaufnahme in Höhe der o.g. Kosten vor zu sehen.

Weiterhin berichtet der Bürgermeister, dass es ursprünglich geplant war, die nunmehr seit mehreren Jahren laufende Erneuerung und Qualitätsverbesserung der Strandkörbe ab zu schließen. Nun aber steht die dafür notwendige Restsumme von etwa 20.000,- € nicht mehr – kreditfrei – zur Verfügung. Insofern bittet der Bürgermeister darum, jetzt den zuvor erwähnten Kredit um weitere 10.000,- € auf zu stocken.

Herr Asbahr stimmt diesen Vorschlägen zu und macht, auch in seiner Eigenschaft als Vermieter, dabei ganz deutlich, dass das Bettengeld in der jetzigen Höhe wirklich nicht mehr realistisch ist.

Herr Friese kann der Berechnung des Jahresverlustes nicht gänzlich zustimmen. Er fordert bei der jetzt vorgelegten Aufstellung eine Bereinigung um die Aufwendungen für das Jubiläum. Im Übrigen kritisiert er zum wiederholten Male die Darstellung des Wirtschaftsplanes mit den drei Spalten „Ergebnis 2008, Ansatz 2009 und Ansatz 2010“. Insofern als das Jahr 2009 abgelaufen sei, sähe er lieber eine Spalte „Ergebnis 2009“.

Zu diesem Einwand macht der Bürgermeister deutlich, dass die Darstellung in der vorgelegten Weise ein Muss sei, man hier also keinen Spielraum habe. Weiterhin verdeutlicht er, dass es bei der Entlastungsförderung durchaus Sinn mache, mit zentralörtlichen Mitteln heran zu gehen, da viele Maßnahmen in Schönberg letztlich auch Wirkung ins Umland zeigen würden. Zu den Mehraufwendungen für das Jubiläum in Höhe von rd. 50.000,- € bestätigt er noch einmal, dass dieser Betrag wieder heraus gerechnet worden ist, die rechnerisch damit verbundenen Einsparungen sich jedoch aufgrund von Kostensteigerungen nun nicht mehr auf denselben Betrag auf summieren könnten.

Im Hinblick auf den nicht ausgeglichenen Haushalt des Tourist-Service macht er deutlich, dass dies – mit ganz wenigen Ausnahmen im Lande – durchweg Standard sei. Dabei müsse man sehen, dass die Aufwendungen für den Tourismus echte Wirtschaftsförderung seien.

Zum Thema Organisationsgutachten erinnert der Bürgermeister daran, dass ursprünglich 15.000,- € in den Haushalt eingestellt waren, die später jedoch zurück gestellt wurden. Dieser Betrag ist auch jetzt noch vorhanden. Dennoch ist das Gutachten noch nicht beauftragt worden, da bei der touristischen Arbeitsgemeinschaft noch keine Gründung erfolgt ist. Hierzu wird im nächsten TOP berichtet.

Frau Homeier hinterfragt die Sandaufspülungen. Vielleicht gebe es jetzt neue Argumente gegenüber dem Land, zumal es sich offensichtlich um Auswirkungen einer Klimaveränderung handelt.

Dazu erinnert der Bürgermeister, dass auch schon im Jahre 2006 von Seiten des Landesbetriebes für Natur- und Küstenschutz geklärt worden war, dass die Sicherheit des Landeschutzdeiches vor der Probstei – auch ohne Sand – nicht gefährdet sei. Insofern könne es auch keine Landesmittel für eine Sandaufschiebung geben.

Anschließend verliest der Ausschussvorsitzende den Beschlussvorschlag, ergänzt ihn um die Kreditaufnahme in Höhe von 70.000,- € und stellt ihn zur Abstimmung.

Beschluss: Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung den Beschluss des Wirtschaftsplanes 2010 für den Tourist-Service Ostseebad Schönberg in der Fassung des vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der im Sitzungsverlauf beschlossenen Änderungen gemäß Anlage zur Niederschrift, im übrigen unverändert.

Stimmberechtigte:	8		
Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Dieser geänderte Beschlussvorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme angenommen.

TO-Punkt 6: Sachstandsbericht "Touristische Kooperation"

Einleitend zu diesem Thema erinnert der Bürgermeister an die seinerzeit geplante Gründung eines Zweckverbandes und die Einstellung eines Kümmerers. Die Ablehnung beider Aspekte und die Begründungen dazu sind bereits bekannt. Auch das Ersuchen um eine Ausnahmegenehmigung wurde vom Innenministerium abgelehnt. Die Idee einer GmbH wurde schnell verworfen, derzeit läuft es auf eine GbR hinaus. Der Einwand der Kommunalaufsicht, dass dann jedoch alle füreinander haften würden, konnte aufgrund der Kenntnis der jeweiligen Partner und der auch jetzt schon geübten partnerschaftlichen Zusammenarbeit entkräftet werden.

Schönberg hat also den Entwurf eines Gesellschaftsvertrags in Auftrag gegeben, dieser liegt seit gestern vor und wird jetzt an die beteiligten Partner weitergeleitet. Auch die Kommunalaufsicht wird eine Ausfertigung zur Prüfung bekommen. Insgesamt sieht der Bürgermeister jetzt eine Erfolgschance.

Frau Homeier fragt, ob im Außenverhältnis Probleme entstehen könnten. So denkt sie zum Beispiel an die Haftungsverpflichtung bei evtl. Einnahmeausfällen.

Herr Zurstraßen macht klar, dass eine solche Haftung davon abhinge, dass die Gemeinde bzw. den Tourist-Service ein Verschulden treffe. Insofern aber, dass der Tourismus keine Pflichtaufgabe sei, ist ein solches Verschulden nicht denkbar. Eine Haftungsverpflichtung könne es also nur zwischen den Gesellschaftern geben.

Beschluss:

TO-Punkt 7: Bekanntgaben und Anfragen

Der Bürgermeister berichtet, dass es im Tourist-Service die Überlegung gebe, anstelle der bisherigen alljährlichen Vermieterversammlungen eine Gastgebermesse zu veranstalten.

Hierbei sollte es über einen Tag verteilt verschiedene Einzelvorträge unterschiedlicher, auch externer, Referenten und gleichzeitig verschiedene Informationsstände geben.

Dazu schlägt Herr Friese vor, eventuell auch das Thema „Bio-Ernährung“ ein zu beziehen.

In Bezug auf das Thema „Tauchgondel“ fragt Herr Friese nach dem derzeitigen Sachstand. Herr Zurstraßen berichtet, dass zuletzt im November 2009 seitens des Investors noch immer Interesse bestanden habe. Weitere Informationen lägen bisher nicht vor, aber man wolle weiterhin „am Ball bleiben“.

gesehen:

Wegner
- Vorsitzender -

Hieck
- Protokollführer -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -